

Neue Trends in der Stadtpolitik - eine Herausforderung für die Lokale Politikforschung¹

Margit Mayer

In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Fallstudien zu deutschen und anderen europäischen Städten vorgelegt, die sich mit den Auswirkungen globaler Umstrukturierungen und darauf reagierenden Politikprozessen befassen². Die Auswirkungen des globalen ökonomischen Strukturwandels sind dabei regional recht unterschiedlich: Griechenland, Spanien oder Italien sind anders betroffen als die nordeuropäischen metropolitanen Gesellschaften, und innerhalb der einzelnen Länder gibt es ebenfalls große Unterschiede. Bei allen Unterschieden, die sich der jeweiligen Platzierung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung oder national- wie lokalspezifischen Eigenheiten kultureller, politischer und institutioneller Natur verdanken mögen, weisen die lokal- und regionalpolitischen Anpassungsbemühungen doch auch auffallend ähnliche Tendenzen auf. Im folgenden Beitrag werden zunächst diese Gemeinsamkeiten etwas deutlicher in den Vordergrund gerückt, um dann der Frage nachzugehen, wie national/regional spezifische Bedingungen und spezifische Politikstrukturen und -prozesse diese Trends berühren und für besondere, regional spezifische Entwicklungspfade sorgen. Die Trendübersichten deuten, bei aller Spezifik in den einzelnen Entwicklungspfaden und trotz vielerlei Ungleichzeitigkeiten, in die Richtung einer signifikanten Veränderung der klassischen Kommunalpolitik. Wenn die neuen Trends in der Tat einen qualitativen Sprung gegenüber früheren Politikmustern markieren, dann muß geklärt werden, in welcher Weise sich politische Interventionsmöglichkeiten, insbesondere Handlungsspielräume auf lokaler Ebene, dadurch verschieben. Erklärungsansätze, die für solche Klärungen geeignet sein könnten, werden im letzten Teil diskutiert.

1. Gemeinsame Trends

Während die politischen Systeme der verschiedenen europäischen Gesellschaften weit- gehend ihre nationalspezifischen Eigenheiten behalten - ein Punkt, den Pickvance und Preteceille v.a. für die Beziehungen zwischen lokalem und zentralem Staat betonen³ -, sind in diesen unterschiedlichen Formationen, also ausgehend von unterschiedlichen Ausgangspositionen, parallele Trends beobachtet und beschrieben worden⁴, die auf drei Punkte zugespitzt werden können:

1. Eine Verschärfung sozial-räumlicher Polarisierungsprozesse auf regionaler Ebene sowie innerhalb und zwischen Städten, die durch den Wegfall nationalstaatlicher Angleichungs- und Ausgleichungsbemühungen noch intensiviert werden.
2. Eine zunehmende Mobilisierung der lokalen Politik für wirtschaftliche Entwicklung, wobei die kommunale Politik private Kapitalakkumulation unter Einbeziehung relevanter weiterer Akteure organisiert. Dadurch schwindet der traditionelle Gegensatz zwischen staatlicher Souveränität und privatem Eigennutz.
3. Eine Reduzierung und Umstrukturierung der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen: die Kommune zieht sich aus Einrichtungen für den kollektiven Konsum zurück und läßt sich ergänzen/ersetzen durch recht unterschiedliche private, quasi-öffentliche, oder gemeinnützige Einrichtungen und Initiativen.

Obwohl nur die beiden letztgenannten Punkte sich direkt auf Veränderungen des lokalen politischen Systems beziehen, sollen zunächst kurz zentrale Kennzeichen der sich verschärfenden sozial-räumlichen Polarisierungstendenzen vorgestellt werden, weil sie den gesellschaftlichen Kontext ausmachen, in dem die lokale Politik agiert.

1.1 Verschärfung räumlicher und sozialer Polarisierungsprozesse

Ausgeprägte Disparitäten zwischen Regionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft koexistieren mit wachsenden Ungleichheiten innerhalb der zwölf Länder. Während sich im Verlauf der 60er Jahre die Einkommensunterschiede zwischen EG-Mitgliedstaaten um ein Drittel verringerten (Kowalski 1989: 94), vergrößert sich das Gefälle zwischen arm und reich seit 1975 stetig. Diese Disparitäten sind nicht nur Resultat der Krise fordistischer Kernbranchen, die eine Unzahl von ehemals sicheren Arbeitsplätzen in der industriellen Fertigung zerstörte, sondern auch Resultat der Beschäftigungsstrukturen, die die neuen Wachstumssektoren mit sich bringen.

Seit den späten 60er Jahren sind die Massenproduktionsindustrien, die das starke ökonomische Wachstum der Nachkriegsperiode angeführt hatten, von Deindustrialisierung betroffen, wodurch viele der alten industriellen Städte und Regionen Englands, Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik zu stagnierenden oder schrumpfenden Krisengebieten wurden. Gleichzeitig erfuhren jedoch andere Gebiete und Sektoren rapides Wachstum - sei's auf der Basis neuer Produktionssysteme und -komplexe oder auf der Basis neuer (produktionsorientierter) Dienstleistungen -, die eine neue „Boom-Zone“ in Form einer Banane über Europa legten. Diese neue zentrale Zone erstreckt sich von Manchester über Rotterdam und Frankfurt bis nach Mailand in der Lombardei (vgl. DATAR 1989). Die neuen ökonomischen Wachstumssektoren brachten jedoch nicht die „mittelständischen“ Arbeitsplätze mit sich, die für das „goldene Zeitalter des Fordismus“ charakteristisch waren. Vielmehr ist es so, daß sich gut bezahlte Arbeitsplätze in hochrangigen Sektoren (Finanz- und Kontrollfunktionen, High-Tech Produkt- und Verfahrensentwicklung, Marketing, Werbung, Unternehmensberatung, vgl. Reissert u.a. 1989) in den metropolitanen Regionen der neuen zentralen Zone konzentrieren (wobei neue und alte Randgebiete zu Orten niedrigrangiger Beschäftigungsmöglichkeiten werden). Gleichzeitig schaffen diese hochrangigen Wachstums-

Sektoren ein erweitertes Feld für die Anwendung von Niedriglohnarbeit, sowohl in konsumorientierten Dienstleistungen als auch in abgewerteten Sektoren industrieller Fertigung. Hier sind v.a. ungesicherte, prekäre und niedrig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Die heute expandierenden Sektoren bringen also eine polarisierte Beschäftigungsentwicklung mit sich, weil sie auf einem hohen Anteil flexibler und nicht-garantierter Arbeitsplätze basieren. Diese Polarisierung manifestiert sich keinesfalls nur zwischen den metropolitanen Zentren und den europäischen Peripherien (wo sich allerdings die Spannweite der Kluft vergrößert hat), sondern auch innerhalb der prosperierenden Regionen selbst: wo sich die Wachstumsindustrien konzentrieren, sind auch die meisten Teilzeit- und Abrufarbeitsplätze und die rapideste Ausbreitung der informellen Ökonomie zu finden: eine Polarisierung des städtischen Arbeitsmarkts, die meist auch zu einer zunehmend polarisierten sozialräumlichen Struktur führt⁵. Dies räumliche Gefälle zwischen und innerhalb von Regionen wird durch Differenzen in der staatlichen Dienstleistungs- und Ausgabenstruktur inzwischen noch verschärft. Generell wurden sozialstaatliche Leistungen reduziert: den wachsenden Anforderungen stehen vor Ort sinkende - und variable - Ressourcen gegenüber. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1000 Einwohner ist in allen bundesdeutschen Großstädten von 1970-1985 deutlich angewachsen, wobei sich die Spannweite zwischen den Städten um 78 Prozent vergrößert hat (Krätke 1991: 64).

Der neuen sozialräumlichen Segregation liegen also nicht nur die Entwicklungen der Krisenbranchen (und Krisenregionen) zugrunde, sondern auch die Polarisierung in zwei unterschiedliche, aber aufeinander bezogene dynamische Wachstumssektoren. Das stadträumliche Muster, das daraus entsteht, ist das einer kleinteiligen Heterogenisierung, in der vielfältige Formen von Lohnarbeit und - aufgrund expandierender Subcontracting-Beziehungen - Formen selbständiger Arbeit, die sich immer weniger von den Abhängigkeitsbedingungen der Lohnarbeit unterscheiden, von gesellschaftlichen Organisationen, und von kulturellen Orientierungen nebeneinander koexistieren. Der städtische Raum, der funktional und ökonomisch geteilt wird, wird sozial segregiert und kulturell differenziert. Während die soziale Distanz und die institutioneilen Barrieren zwischen den verschiedenen Milieus und Subgruppen in der Stadt täglich zu wachsen scheinen, nähern sich die 'Professionals', die in den tertiarisierten Zentren, den Banken, Börsen, High-Tech- und Forschungszentren der Boom-Zone arbeiten, über nationale Grenzen hinweg einander an. Nicht nur sind sie in ihren (transregionalen und internationalen) Geschäftsbeziehungen miteinander verknüpft, auch ihre Arbeits- und Lebensstile sind faktisch miteinander verknüpft. Die (vereinfachende) Metapher von der „geteilten Stadt“ pointiert diese intensivierte sozialräumliche Segregation, die auf der Segmentierung der städtischen Beschäftigungsstruktur in einen (hochqualifizierten, über Beschäftigungsgarantien verfügenden) Kern und einen (flexibilisierten, prekären) „Rand“, der mehr und mehr soziale und kulturelle Ähnlichkeiten zu Drittwelt-Städten aufweist, basiert.

Einzelne Städte haben diese Polarisierungsprozesse und ihre sozialen Konsequenzen in unterschiedlichem Grad als Problem identifiziert. Vielerorts, vor allem wo die lokale Wirtschaftskraft von den neuen Wachstumsschüben profitiert, tendieren die politischen Akteure (besonders die Kommune) dazu, diese neuen Formen territorialer Ungleichheit

zu ignorieren; sie konzentrieren sich stattdessen darauf, unmittelbare Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung unter sich verschärfenden Konkurrenzbedingungen zu organisieren. Während solch ein Fokus die durch die ökonomischen Umstrukturierungsprozesse ausgelösten Polarisierungstendenzen noch verschärft, suchen andere Städte nach Wegen, wie Wachstum stimuliert, aber gleichzeitig den Tendenzen zu einer gespaltenen Gesellschaft entgegen gewirkt werden kann.

1.2 Mobilisierung lokaler Politik für wirtschaftliche Entwicklung

Die zweite Tendenz, die unter unterschiedlichsten Bedingungen identifiziert und breit in der Literatur beschrieben wird, ist das verstärkte Engagement der lokalen Politik in der ökonomischen Entwicklung bzw. Regenerierung⁶. Dies verstärkte Engagement der Kommune bestand zunächst aus vielerlei Formen spontaner Reaktionen auf lokal sich manifestierende Probleme wie aus:

- Programmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- Strategien zur Herstellung eines positiven Geschäftsklimas,
- Investitionen in Kultur- und Freizeiteinrichtungen, bisweilen sogar in die „Natur“ (Beispiel Grüngürtel),
- Verbesserungen des „Images“ oder des Ambiente einer Stadt,
- auch direkten Subventionen an Firmen, im Zusammenhang mit „Public-Private Partnerships“, wobei bestimmte Erwartungen an die Investoren gestellt werden. Aus Einzelfallstudien wird häufig deutlich, daß die kommunalen Akteure bei den verschiedenen wirtschaftsfördernden Bemühungen zunächst keineswegs genau wußten, wie sich eine Verbesserung der lokalen Situation erzielen ließe, außer daß „Fragen der Industrie und Beschäftigung zentraler Gegenstand der lokalen Politik werden“ müßten (Cochrane 1991: 21-22). Deutlich wird auch, daß die Kommunalpolitiker, unabhängig von parteipolitischer Orientierung, Vorteile für sich in diesem Politikfeld bzw. in der Ausweitung ihrer Kompetenzen in diesem Feld sahen und diese aktiv betrieben, oft mit dem Selbstverständnis, dadurch in der Machtbalance gegenüber der Zentralregierung stärker zu werden.

Dieser verstärkte lokale ökonomische Interventionismus drückt sich nicht nur in quantitativ ausgeweitetem kommunalem Ausgabevolumen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen aus, er impliziert vor allem eine qualitative Veränderung im Ansatz der Intervention, die nämlich primär auf endogene Arbeitsmarktp Profile und unternehmerische Initiative setzt, und nicht-staatliche Akteure in der Organisation der ökonomischen Bedingungen involviert. Trendübersichten lassen einen Wandel der traditionellen Aufgabenfelder von Wirtschaftsförderungsstellen erkennen (Bodenpolitik bei verknapptem Flächenangebot, Konzentration finanzieller Förderungen auf ausgewählte Zielgruppen wie z.B. innovationsfreudige Unternehmer, Stärkung der fachlichen Kompetenz im Beratungs- und Betreuungsangebot, vgl. Hesse 1988: 582ff.; Bauer u.a. 1991: 16ff.). Neue Aufgabenfelder eröffnen sich für ein lokal spezifisches Standortmarketing, für eine Betriebsbestandspolitik und Unterstützung der Gründung von neuen Betrieben, sowie für eine den alternativen Sektor unterstützende Beschäftigungspolitik (vgl.

Mayer 1990a). Insbesondere im Rahmen von kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogrammen sind in der Bundesrepublik seit Mitte der 80er Jahre neue Strategien der Förderung von Projekten kommunaler und freier Träger entwickelt worden (vgl. Hegner 1986).

Die verschiedenen Strategien, lokale Potentiale für wirtschaftliches Wachstum zu mobilisieren und zu koordinieren, haben folgende Effekte:

1. Traditionell strikte Trennungen zwischen Politikfeldern und entsprechenden Ressorts werden aufgebrochen, v.a. zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aber auch Bildungs-, Kultur- und Umweltpolitik werden auf wirtschaftspolitische Maßnahmen bezogen.
2. Innerhalb der Kommune werden sowohl neue Verwaltungen (z.B. in Sheffield ein neues und unabhängiges „Employment Department“) als auch institutionalisierte Vernetzungen zwischen bestehenden Behörden etabliert.
3. Auch außerhalb der Kommune werden neue Institutionen gegründet und unterstützt: Institutionen für Wirtschaftsförderung und Technologieberatung, die primär beratende und koordinierende Funktion haben, sowie lokale „runde Tische“ („Training and Enterprise Councils“), die den lokalen Politikformulierungsprozeß signifikant beeinflussen.
4. Damit hat sich das Aktionsfeld lokaler Politik faktisch weit über die Kommunalpolitik an sich ausgeweitet: an der Arbeitsmarktpolitik sind nicht nur die Kommune, sondern auch Arbeitsämter, staatliche Einzelprogramme mit ihren örtlichen Partizipanten, Wohlfahrtsverbände, kirchliche Einrichtungen, sowie in bestimmten Fällen Gewerkschaften und Firmenleitungen beteiligt. An der Stadtentwicklungsplanung sind auch private Akteure bereits in den Planungsprozeß einbezogen; umgekehrt gilt das „mixed management“ auch bei der Ausführung, d.h. die Kommune hat auch im Ausführungsstadium noch mitzuentcheiden.

Um die verschiedenen involvierten Bereiche und Akteure jeweils zu koordinieren, haben sich pluralistische Verhandlungssysteme herausgebildet, die von einem kooperativen Politikstil statt einseitigen Anordnungsbeziehungen gekennzeichnet sind: der Kommune kommt hier die Funktion der Moderation zu. Solch nicht-hierarchischer Politikstil scheint Voraussetzung dafür zu sein, die Schnittstellen der unterschiedlichen Interessen identifizieren, nutzen, und gestalten zu können (vgl. Hesse 1987: 72). Dieser horizontale oder pluralistische Politikstil bedeutet allerdings nicht, daß diese Verhandlungssysteme notwendig offen für demokratischen Einfluß sind. Im Gegenteil, die Beteiligung kann mehr oder weniger exklusiv und die Interessenvermittlung mehr oder weniger selektiv sein. Auch gibt es bedeutende regionale und nationale Unterschiede, beispielsweise zwischen nord- und südeuropäischen Orten⁷. Und schließlich kann die horizontale Verhandlungskoordination mehr oder weniger erfolgreich ausfallen, wofür im zweiten Abschnitt einige Gründe benannt werden.

Das Gemeinsame und die Neuerung besteht jedoch darin, daß Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse zunehmend auch außerhalb der traditionellen Strukturen der kommunalen Politik stattfinden, daß „Lokalstaat“ sich also ausweitet auf die explizite Einbindung und Koordinierung funktionaler Interessen.

1.3 Umstrukturierung des lokalen Wohlfahrtsstaats

Der Druck (der durch die ökonomische Krise und Massenarbeitslosigkeit einerseits und abnehmende Subventionsströme der Zentralregierung andererseits entstand) und die Bereitschaft, ökonomischer Entwicklungspolitik Priorität einzuräumen, und zwar v.a. durch (unternehmerische) Mobilisierung und Koordinierung jeweiliger endogener Potentiale, bedeutete auch, daß eine der vormals zentralen Funktionen kommunaler Politik⁸, nämlich die Bereitstellung kollektiver Dienstleistungen, in den Hintergrund rückte. Nicht nur sank rein quantitativ der relative Anteil der kommunalen Ausgaben für kollektive Konsum-Funktionen, sondern es fand auch hier eine Umstrukturierung statt, die mehr nicht-staatliche (private, gemeinnützige, intermediäre) Organisationen in die Erbringung der diversen Dienstleistungen involvierte, die dann von der Kommunalregierung nur noch kontrolliert und reguliert werden. Diese Verschiebung ist für den Bereich von Sozial- und Gesundheitspolitik bereits breit dokumentiert (vgl. Evers/Wintersberger 1988; Evers 1991), wo die Umstrukturierung staatlicher Verantwortlichkeit weg von der Trägerschaft von Einrichtungen und Diensten, hin zu einer „Betonung ihrer Rolle als Moderatoren und koordinierende Förder- und Planungsinstanzen“ und die entsprechende Aufwertung der Verantwortung und Trägerschaft von „voluntary organizations und des informellen Sektors im Bereich sozialer und gesundheitlicher Dienste“ in verschiedenen europäischen Ländern analysiert wurde (Evers 1991: 228). Auch in anderen Politikfeldern, wo vormals das Anbietermonopol der Kommune galt, werden staatsferne Träger aufgewertet: in der Stadtсанierung, Umwelt- oder Beschäftigungspolitik ist die Kommune geradezu angewiesen auf Initiativen im Stadtteil⁹. Genauso wie im Bereich der Wirtschaftsförderung sind auch im Bereich der sozialen und anderen Dienstleistungen hierarchische und kommunal-gesteuerte Formen der Erbringung und des Managements durch verschiedene private, gemeinnützige und halböffentliche Organisationen und Initiativen ergänzt bzw. ersetzt worden; ebenso wurden auch hier zwischen den verschiedenen involvierten Instanzen koordinierende Strukturen entwickelt. Darüber hinaus wird die traditionelle wohlfahrtsstaatliche Verteilungspolitik aber auch durch beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergänzt¹⁰: vor allem in den Krisenregionen der EG-Länder soll Sozialpolitik schließlich nicht die Investitionskraft der Stadt (noch ihr Image!) beeinträchtigen (vgl. Jädicke 1991:207). In solchen Regionen ist häufig eine Verschiebung von „passiver“ zu „aktiver“ Arbeitsmarktpolitik, von Arbeitslosenunterstützung hin zu Arbeitsplatzbeschaffungs- und Fortbildungsmaßnahmen zu beobachten. Selbst in Ländern, wo der diesbezügliche Diskurs ausgeprägter ist als die reale Entwicklung (wie bspw. in Griechenland), gilt doch, daß entsprechende *aktive Interventionsformen* auf der lokalen Ebene und Zusammenarbeit mit anderen relevanten Akteuren zugenommen haben¹¹. Auch werden Weiterbildungsmaßnahmen an die Stelle von sozialpolitischen Maßnahmen gesetzt, allerdings sind sie (aus zu untersuchenden Gründen) häufig unkoordiniert oder funktionieren nicht an der Nachfrage orientiert. Die in diesen Maßnahmen sich andeutende Aufhebung der klassischen Trennung

zwischen den Politikbereichen/Ressorts Wirtschafts(förderungs)- und Sozial- (Beschäftigungs-, Ausbildungs-etc.) -politik bewirkt, daß eine reale Verknüpfung zwischen lokalen Wirtschaftsprozessen und wohlfahrtsstaatlichen Prozessen hergestellt wird: „Wohlfahrt“ wird in Kategorien wirtschaftlichen Erfolgs einer bestimmten Region definiert. Der (umverteilende, paternalistische) keynesianische Wohlfahrtsstaat, der durch seine Stützung massenkonsuntiver Nachfrage zur Kohärenz des fordistischen Wachstumsmodells beitrug, und dessen lokaler „Arm“ v.a. als Dienstleistungsbetrieb für die lokale Bevölkerung fungierte, wird ersetzt durch einen neo-liberalen minimalistischen Staat. Dieser überträgt konkrete Funktionen zur Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion auf die regionale und lokale Ebene, wo die Kommune, den jeweiligen lokalen Bedingungen entsprechend, Innovations- und Kooperationsprozesse zwischen öffentlichen und privaten Akteuren initiiert und reguliert. Soziale Absicherungen, die vormalig über den zentralen Wohlfahrtsstaat garantiert waren (und lokal verteilt wurden), werden nun in fragmentierter Weise über Bedingungen an Investoren erstritten und implementiert. So werden beispielsweise zusätzliche Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus für niedrige Einkommensgruppen, für Grünflächen oder Kindergärten über „Gebühren“, die den Investoren auferlegt werden, oder im Rahmen von Public-Private Partnerships mobilisiert, wobei lokal sehr unterschiedliche Kompromisse erzielt werden. Während z.B. in Barcelona die Kommune bei der Entwicklung polyvalenter Komplexe für Dienstleistungen/Wohnungen/Erholung/Freizeit die Wohnungsversorgung, insbesondere für mittlere und untere Einkommen betonte, scheinen sich Münchener Stadtverwaltung oder Berliner Senat eher im Konsens mit den privaten Akteuren zu finden, die Büroraum, Hotels und Wohnungen für höhere Einkommensgruppen favorisieren.

Diese Umstrukturierung des lokalen Wohlfahrtsstaats, die im Kontext breiter Kritik an den bürokratischen und paternalistischen Strukturen und Verfahren des fordistischen Wohlfahrtsstaats stattfand¹², wurde keineswegs nur von marktliberalen politischen Gruppierungen ausgelöst. Mancherorts hat sie sich auch vermittelt über progressive Impulse (unter dem Motto „Dienstleistungen mit dem Bürger statt für den Bürger“) durchgesetzt. Weder Konservative noch Grüne/Lokalsozialisten mochten den Lokalstaat länger in seiner Funktion als wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungserbringungsmaschine mit den bekannten bürokratischen Mängeln belassen.

Dieser dritte Trend, der die Veränderungen in der lokalen Politik prägt, läßt sich also dahingehend zusammenfassen, daß universalistische Formen der Dienstleistungserbringung, für die bislang die Alleinzuständigkeit der Kommune galt, zunehmend ergänzt und ersetzt werden durch Formen, in denen die Kommune lediglich als Teil einer breiteren „Wachstumskoalition“ agiert; erbracht werden die Dienstleistungen nicht mehr vom traditionellen Kartell der staatlichen, kommunalen oder staatsnahen „freien“ Träger, sondern durch fragmentierte Strukturen mit starker Beteiligung lokaler Wirtschaftsinteressen sowie anderer Interessen und Verbände aus dem Privatsektor bzw. aus dem dritten („voluntary“) Sektor. Diese Verschiebung eröffnet eine Skala von sich mehr oder weniger ausschließenden möglichen Modellen. Ob lokale Auseinandersetzungen und Verhandlungen eher in für lokale Bedürfnisse offenen und egalitären Modellen resultieren oder in solchen, die eher ausgrenzende Praktiken forcieren, in

jedem Fall besteht das Neue an diesem Politikmuster in der primär initiierten und moderierenden Funktion der Kommune, die die Erbringung der Dienstleistungen durch andere Akteure nurmehr kontrolliert und reguliert.

Für beide Veränderungsprozesse, die Entstaatlichungstendenzen im lokalen Wohlfahrtsstaat sowie die wachsenden Funktionen des Lokalstaats im Bereich der Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik, waren mehr oder weniger komplexe *organisatorische* Umstrukturierungen notwendig. In vielen Städten verlagerte sich der Schwerpunkt allmählich von den während der 70er Jahre mächtigen Verwaltungsabteilungen, die den Dienstleistungsbetrieb stellten, auf die neuen auf Wirtschaftsentwicklung gerichteten Funktionen. Im Verlauf dieser Verlagerung lockerten sich die rigiden Grenzen zwischen den einzelnen Verwaltungen, was allmählich eine Form von Management ermöglicht, für die sowohl mehr interne Kohärenz als auch mehr Offenheit für externe Gruppen kennzeichnend ist. Im Feld der Sozialpolitik involvieren diese neuen Politikformen Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften und häufig auch Selbsthilfe-Gruppen und Stadtteil-Initiativen, während die Akteure, die sich an der Planung und Implementierung von Wirtschaftsförderungs- und technologischen Modernisierungsmaßnahmen beteiligen, eher Industrie- und Handelskammern, große Unternehmen, Banken, Forschungsinstitutionen und Hochschulen, sowie - je nach Kräfteverhältnis - auch Gewerkschaften und Betriebsräte sind. Vor dem Hintergrund des wachsenden Anteils ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse, von polarisierten Arbeitsmärkten, und der vielerorts strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit werden die traditionellen Grenzen zwischen diesen „weichen“ und „harten“ Politikfeldern allerdings fließend im Maß wie die Kommunen sozialpolitischen Problemen mit arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Programmen zu Leibe rücken.

Auch auf höherer staatlichen Ebene wurden Programme installiert, die die Herausbildung von Entwicklungskonzepten auf lokaler und regionaler Ebene und die notwendigen institutionellen Arrangements befördern sollen. Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes-, sowie EG-Ebene koppeln die Vergabe von Mitteln für Wirtschaftsförderung daran, daß kommunale bzw. regionale Instanzen Formen der Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren konsentiert haben. So wird der Trend einer dezentralen Eigenentwicklung, der von vielen Städten schon in die Wege geleitet war, auch von oben befördert - genauso wie die Erweiterung dieser Eigenentwicklung tragenden Subjekts. Subjekt ist keineswegs nurmehr die (Gebietskörperschaft) Kommune, zum Subjekt gehören nun auch Umlandverbände, intermediäre Institutionen und „runde Tische“ (wie periodische Arbeitsmarktkonferenzen oder „Sozialtische“), die in nicht-hierarchischen Interaktionsprozessen zur Konsensfindung gemeinsames Handeln zu ermöglichen trachten.

2. Lokal spezifische Entwicklungspfade

Die Art und Weise, in der das lokale politische System örtliche Entwicklungsprozesse initiiert, stimuliert, sowie die dazu förderlichen Voraussetzungen anstößt und koordiniert, und die Wirkungen, die die lokale Politik dabei erzielt, variieren offensichtlich

zwischen den verschiedenen europäischen Ländern und auch zwischen unterschiedlich affizierten Regionen innerhalb der Länder. In diesem Rahmen kann keine Typologie entwickelt werden, die zu konstatierende Variationsbreite soll lediglich veranschaulichen,

1. daß es, wie beim fordistischen Regulationsmodus, auch im „Post-Fordismus“ *unterschiedliche Ausprägungen gibt*, die sich nicht nur vorgegebenen Strukturen und nicht unmittelbar beeinflussbaren Faktoren, sondern *auch* den vor Ort getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen verdanken. In der Tat, da die Globalisierung der Wirtschaft die Nationalstaaten in mancherlei Hinsicht geschwächt hat, wurden Städte und Regionen oft zu unmittelbaren Akteuren im internationalen Kontext. Die besondere Plazierung eines Ortes innerhalb der internationalen Arbeitsteilung setzt unter Bedingungen verschärfter städtischer Konkurrenz nicht nur gewisse Constraints, sondern wird auch selbst ein Aktivposten, dessen positionale Vorteile es zu identifizieren und auszubeuten gilt.
2. daß - trotz eng reglementierter Finanzausstattung und mehr oder weniger begrenzt variierbaren institutionellen Handlungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene - gerade die Ausweitung des lokalen politischen Systems auf diverse gesellschaftliche Akteure sowie der neue Zuschnitt der Rolle der Kommune als „enabling“, als Bereitsteller eines Klimas, das Entwicklungsmaßnahmen anderer fördern soll, *Eingriffs- und Einflußmöglichkeiten neuer Art* (für soziale, Minderheiten-, Umwelt- oder Fraueninteressen) schafft, die zu nutzen sind, deren Nutzung Effekte produziert.

Die in der Literatur beschriebenen lokalen Entwicklungsinitiativen waren zunächst ein heterogenes Bündel spontaner Reaktionen auf lokal sich zeigende Probleme - steigende Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Verfall¹³, aber auch Wachstumsprobleme, Vermittlungsprobleme zwischen neuartigen Arbeitsplatzangeboten und verfügbaren Arbeitskräften, Anforderungen von Wachstumsfirmen an eine ganz bestimmte Infrastruktur.

- Einige waren pragmatisch und privatwirtschaftlich angestoßen,
- andere knüpften an ältere Strömungen genossenschaftlicher Traditionen oder an die Ideen des „municipal socialism“ an,
- in einigen Fällen entstanden neue Kanäle für Klientelbeziehungen, insbesondere in Südeuropa (Griechenland, Süditalien),
- in anderen Fällen wurde der Lokalstaat als ökonomischer Akteur mobilisiert, um dadurch die Kommunalpolitik gegenüber den großen Konzernen zu stärken (von linken Labor Councils getragen, galt die Strategie sogar als „gefährlicher Radikalismus“!),
- für Nachzügler lieferten erst zentralstaatliche sowie EG-Programme den Anreiz, auf lokaler und regionaler Ebene an Wirtschaftsförderungsmaßnahmen mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten,
- und in manchen Städten mußte die Initiative von außerhalb kommunaler Instanzen kommen, wie beispielsweise in München, wo erst ein alternativer Wohnungsträger die Kooperation zwischen den relevanten Akteuren zuwege brachte. Gegen den Widerstand der kommunalpolitisch führenden Parteien werden hier innovative woh-

nungspolitische Programme mit Hilfe von EG-Geldern durchgesetzt (vgl. Breckner/Schmals 1991).

Variationen, die sich regional spezifischen Traditionen und Strukturen verdanken, sind dabei von Variationen, die Resultat von vor Ort entschiedenen Prioritäten und Auseinandersetzungen sind, zu unterscheiden. Ein Beispiel für den ersteren Typ von Unterschieden wären die mediterranen/kontinentalen Versionen der neuen Verhandlungssysteme. Untersuchungen zu den Veränderungsprozessen lokaler und regionaler Politik in Griechenland und Süditalien haben spezifische (informelle) Formen der Koordination lokaler Aktivitäten und ihrer Vermittlung mit (zentral)staatlichen Regelungen und Finanzierungsmöglichkeiten festgestellt, die von Klientelsystemen und dem „Patron“ als „politischen Makler“ geprägt sind (vgl. Piattoni in diesem Band; Getimis 1991). Gegenüber diesem „mediterranen Modell“ wäre ein „kontinentales Modell“ eher durch die Verpflichtung der Beteiligten auf abstrakte Regeln (und nicht auf bestimmte Personen) zu kennzeichnen.

Freilich ist es schwierig, die Wirkungen der lokalpolitischen Interventionen, etwa ihren jeweiligen Anteil an Beschäftigungszuwachsraten oder Unternehmensgründungen, direkt zuzuordnen und quantitativ zu erfassen. Der jeweilige Bedeutungszuwachs des lokalen politischen Systems kann jedoch nicht mit quantitativen Größen, z.B. dem Anteil des kommunalen Haushalts am staatlichen Gesamthaushalt, gemessen werden. Die jeweilige Bedeutung der neuen Rolle der Stimulierung von Kapitalformierungsprozessen und der Koordinierung und Steuerung von Kooperationsprozessen zwischen verschiedenen Akteuren und Institutionen ist qualitativ zu bestimmen. Während vorliegende Studien zeigen, daß in bestimmten Fällen tatsächlich synergistische Effekte eintreten und in anderen dies pure Hoffnung bleibt, kann wohl nicht mehr davon ausgegangen werden, daß „niemand Illusionen darüber hegt, daß lokale wirtschaftsfördernde Bemühungen insgesamt mehr als höchst marginale Effekte haben können“, wie Pickvance und Preteceille schreiben (1991: 5). Es geht eher darum, zu eruieren, weshalb es in manchen Situationen/Orten gelingt, die „richtige“ Konstellation von Bedingungen herzustellen und in anderen nicht. Dazu müßten die Hinweise und Ergebnisse vorliegender Studien systematisch ausgewertet werden, was hier nur andeutungsweise illustriert werden kann.

Scheitern, beispielsweise im Fall Athens, wird von Getimis damit erklärt, daß historisch gewachsene privilegierte Strukturen und traditionelle Mechanismen (Klientelismus, Berufsorganisationen, inoffizielle Vermittlungskanäle) eine erfolgreiche Umsetzung der breit angelegten arbeitspolitischen Maßnahmen verhinderten. Andererseits war die Durchsetzung von ähnlichen Maßnahmen und die Etablierung einer entsprechenden Verwaltungsbehörde (für Arbeits- und Beschäftigungspolitik) in Sheffield leicht zu realisieren, weil dies kein Politikfeld war, in dem sich machtvolle Verwaltungen schon eingegraben hätten: Wirtschaftsförderung war dort, wie in den meisten Städten, noch nicht der Aufgabenbereich einer Behörde, sondern lag quer zu den existierenden Ressorts. Gleichzeitig war dies Feld, gerade weil es noch nicht besetzt war, besonders geeignet, einen innovativen Ansatz in der lokalen Politik zu symbolisieren (Cochrane 1991: 24). Das heißt, in beiden Fällen spielen (lokal spezifische) vorgegebene, historisch gewachsene Politikstrukturen und Politikstile eine ausschlaggebende Rolle. Die An-

passungsprozesse und die Herausbildung neuer organisatorischer Strukturen vermitteln sich über eine Reihe von Faktoren, die lokal geprägt sein können: von Klassenbeziehungen¹⁴, parteipolitischer und intermediärer Interessenvermittlung, von kulturellen Normen etc. Die Komplexität dieser Vermittlungsprozesse verweist darauf, daß vorschnelle Typenbildungen mit Vorsicht zu genießen sind¹⁵. Eher müßten die Bemühungen zur Identifizierung verschiedener lokaler Entwicklungspfade wohl in die Richtung gehen, daß lokal je konkrete (und sich laufend wandelnde) Bedingungen als verantwortlich dafür ausgemacht werden, ob solche Strategien erfolgreich implementiert werden oder nicht. Diese Bedingungen dürften nicht auf vorhandene institutionelle Strukturen beschränkt sein, sondern müßten auch solche Variablen wie den Grad des Reichtums und der Modernisierung einer Stadt bzw. eines Ballungsraums miteinbeziehen.

Die Unterschiede, die sich den vor Ort entschiedenen Prioritäten und politischen Auseinandersetzungen verdanken, sind zweifacher Natur: Einerseits, da die spezifischen Produktions- und Reproduktionsbedingungen weder von zentralstaatlicher Politik noch von den Firmen selbst organisiert werden können sondern nur vom lokalen politischen System, wurden dessen Kompetenz bei der Verhandlung mit supra-regionalem und multinationalem Kapital sowie die Effizienz, mit der lokale Regierung und Partnerschaften die besondere Symbiose lokaler Voraussetzungen bereitstellen, zu entscheidenden - das Profil einer Stadt wie seine Verortung innerhalb der internationalen Hierarchie prägenden - Faktoren. Andererseits gibt es Unterschiede im *Typ* der lokal entwickelten unternehmerischen Politik. Die Bandbreite der Möglichkeiten reicht hier von marktliberalen wirtschaftsfördernden Maßnahmen, wo solche Instrumente wie „Enterprise Zones“ (und ähnliche auf Bundesebene bereitgehaltene Programme) zur Anwendung kommen, am einen Ende, zu radikaleren, sozial orientierten, umwelt-, frauen-, oder minoritäten-freundlichen Wirtschaftspolitiken am (utopischen) anderen Ende. Dabei ergeben sich die Endpunkte der Skala keineswegs automatisch aus parteipolitischer Programmatik nach dem links/rechts (oder grün/schwarz) Schema. Aber rot-grüne Regierungskoalitionen auf kommunaler Ebene sind ein interessantes Untersuchungsfeld. Erste Auswertungen von grüner und rot-grüner Kommunalpolitik bringen widersprüchliche Ergebnisse zutage (vgl. Roth/Wollmann 1991), überwiegend deutet sich ein Verzicht auf „große Konzepte“ (Roth 1991: 177) an. Stattdessen wird die Betonung auf den Versuch gelegt, prozedurale Steuerungen mit möglichst starker Beteiligung von in der Stadtpolitik bislang ausgegrenzten Interessen auf den Weg zu bringen.

Selbst wenn wir kurzlebige und idealistische Versionen, die den Lokalstaat kurzerhand zum Vehikel für soziale Bewegungen avancieren (vgl. Clavel/Kleniewski 1990; Bullmann/Gitschmann 1985), außer acht lassen, bleiben doch unterschiedliche Typen von „unternehmerischen Stadtpolitiken“ und unterschiedliche Typen von Verhandlungssystemen. Würde man den Grad sozialer Verantwortung gegenüber lokalen Bedürfnissen auf einer Achse (lokale Kommunikation und Kooperation), und mehr oder weniger ein/ausschließende Formen unternehmerischer Politik auf der anderen Achse (Partizipation/Inklusion) aufzeichnen, wären unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten „post-fordistischer“ Lokalpolitik analytisch zu verorten und ihr jeweiliges Po-

tential für Konsistenz und Kompatibilität mit lokalen und globalen Bedingungen zu erforschen¹⁶.

Da die Unterschiede offensichtlich hochrelevant sind für die Lebensqualität an den jeweiligen Orten, insbesondere für die von den neuen Wachstumsindustrien nicht profitierenden oder über prekäre Beschäftigungsverhältnisse an ihnen beteiligten gesellschaftlichen Gruppen, müssen wir die Bedingungen und Konstellationen identifizieren, die Modelle begünstigen, die am ehesten den starken Polarisierungstendenzen der post-fordistischen Stadt entgegenwirken können. Während die politikwissenschaftliche Forschung schon beobachtet hat, daß die neuen Kooperations- und Verhandlungsformen zwischen kommunaler Politik und organisierten Interessen von anderen Prinzipien geleitet sind als frühere „von oben“ durchgesetzte Reformpolitiken - sie respektieren die jeweilige Eigenart und die besonderen Funktionsbedingungen der einzubindenden Organisationen und Institutionen des privaten Sektors (vgl. Scharpf 1987: 119; Hesse 1987: 72) -, wurden die Differenzen zwischen den verschiedenen eingebundenen Akteursgruppen noch nicht systematisch in Untersuchungen berücksichtigt. Zwar ist es das Ziel der neuen Interaktionsprozesse, *Konsens* zu finden und Ressourcen und Kompetenzen bereitzustellen, um *kollektives* Handeln zu ermöglichen, aber die strukturellen Polarisierungstendenzen, die für die gegenwärtigen städtischen Umstrukturierungsprozesse in allen europäischen Regionen charakteristisch sind, lassen es höchst unwahrscheinlich erscheinen, daß solche Gremien tatsächlich mit „einer Stimme“ sprechen (wie beispielsweise in Cochranes Beschreibung des Sheffield Economic Regeneration Committee als „die Stimme Sheffields“ [1991: 48] impliziert). Jedoch obwohl wir signifikante Differenzen in der relativen Macht von Kapitalgruppen, Gewerkschaften, kommunalen Instanzen und Stadtteilgruppen unterstellen müssen, und obwohl diese Gremien sich empirisch im Grad ihrer Offenheit/ Abgeschottetheit unterscheiden mögen, hat doch die schlechte Existenz dieser neuen Formen lokaler Politik das politische Terrain und die Interventionsmöglichkeiten für soziale Bewegungsgruppen wie für Ökologie-, Bürgerrechts-, oder Stadtteilorganisationen verändert.

Viele solcher Selbsthilfe-Gruppen und Stadtteilorganisationen werden längst von Kommunen eingebunden in innovative Städter neuer ungs- oder Zweite Arbeitsmarktprogramme, weil ihre Nützlichkeit im Umgang mit Dauerarbeitslosigkeit und Marginalisierungsproblemen erkannt wurde. Sie wurden so selbst Teil des lokalen „endogenen Potentials“. Bislang gibt es allerdings kaum empirisch ausgewiesene, wissenschaftliche Untersuchungen über die Chancen solcher Bewegungsgruppen, die Grenzen des jeweiligen lokalen Entwicklungsmodells in Richtung auf eine offene, demokratische Stadt auszuweiten¹⁷.

3. Herausforderung für die Lokale Politikforschung

Um ihren Gegenstand nicht zu verfehlen, darf die lokale Politikforschung sich offensichtlich nicht nur auf die kommunalpolitischen Instanzen im Sinne des staatsrechtlichen Gemeindebegriffs beschränken. Sie muß den Blick richten auf das ganze Netz

von Institutionen, Akteuren, und Verhandlungssystemen, inklusive ihrer überregional vermittelten Dimensionen, die die Entwicklung des lokalen Systems mitbeeinflussen. Diese Vielfalt von Akteuren läßt neue Formen (pro-)aktiven und koordinierten räumlichen Managements entstehen, deren Entstehungsbedingungen, Funktionsweise und Stellenwert im einzelnen noch sehr analysebedürftig ist.

Um sowohl den Stellenwert als auch die Variationsbreite der neuen Formen des lokalen politischen Systems zu erklären, brauchen wir einen theoretischen Erklärungsansatz, der sowohl sensibel für die Rolle von Institutionen ist als auch umfassend genug, um die Wirkungen überregional determinierter Constraints zu berücksichtigen. Da wir darüberhinaus an der Frage interessiert sind, wie weit die neuen Politikformen modifiziert werden können um die Realisierung sozialer und ökologischer Ziele zu ermöglichen, muß der Erklärungsansatz gesellschaftstheoretisch verankert sein, da Mikro-Perspektiven und Ansätze mittlerer Reichweite uns weder bei der Identifizierung von Historizität noch der für eine spezifische Gesellschaftsformation zentralen Konfliktlinien und Grenzen sozialer Bewegungen helfen können.

Der gegenwärtig entwickelte Regulationsansatz, bei dem es sich noch eher um ein Forschungsprogramm als einen fertigen Theorieansatz handelt, kann möglicherweise eine solche Perspektive anbieten¹⁸. Der Ansatz sucht einen Ausweg aus den funktionalistischen Sackgassen (strukturalistischer) Theorien. Während solche Theorien die lokale Ebene entweder als von zentralstaatlichen Ebenen determiniert („verlängerter Arm“) oder über ihre in Arbeitsteilung mit der nationalen Ebene zu erbringenden Funktionen - als Ort kollektiver Konsumtion (Castells 1983) oder reproduktions-orientierter Interessen (Hesse 1983) - ansahen, privilegiert der Regulationsansatz weder die Produktions- noch die Reproduktionsebene, und auch nicht von vornherein eine gegenüber anderen staatlichen Ebenen. In diesem Systemmodell wird kein Zentrum unterstellt, sondern die Frage ist, *wie* die verschiedenen Ebenen miteinander verknüpft sind, um eine relativ stabile gesellschaftliche Reproduktion zu gewährleisten. Mit der Unterstellung, daß eine gewisse *Korrespondenz* zwischen Akkumulationsregimen und Regulationsmodellen für die Stabilität einer gesellschaftlichen Formation Voraussetzung ist, lenkt der Ansatz unsere Aufmerksamkeit auf die (immer widersprüchlichen und konfliktträchtigen) komplexen Arrangements, politischen Praktiken, gesellschaftlichen Normen und kulturellen Formen, die es dem prinzipiell instabilen kapitalistischen System erlauben, wenigstens phasenweise stabil und kohärent zu funktionieren. Dabei sind gesellschaftliche Institutionen, soziale Bewegungen und politische Auseinandersetzungen gleichzeitig die Medien, über die vermittelt die Bedingungen für stabile Perioden gesellschaftlicher Kohärenz ausgehandelt und fixiert werden.

Das Konzept der Regulationsweise, die nichts anderes beschreibt als die gefundenen Mechanismen, die für eine historische Phase eine gewisse Dynamik zulassen, bezieht also intermediäre gesellschaftliche Ebenen (von Familien- und Wohnformen bis zu individuellen Wertorientierungen) in die Kohärenzanalyse von kapitalistischen Entwicklungsphasen ein. Sie eröffnet damit auch Raum für die Analyse der Rolle - und Veränderungen der Rolle - lokaler und sublokaler Institutionen und Bewegungen im Kontext größerer Umstrukturierungen. Die auch im Bereich lokaler Politik beobachtete

Suche nach neuen Mechanismen und Politikformen ließe sich also entlang des Bedarfs an Kohärenz zwischen neuen Rahmenbedingungen interpretieren.

Die Trendübersichten über Veränderungen im lokalen politischen System deuten, bei allen Ambivalenzen und gegenläufigen Tendenzen, eindeutig zumindest zwei bedeutende Verschiebungen an: eine Dezentralisierung akkumulationsbezogener Funktionen auf die regionale und lokale Ebene sowie eine Entwicklung weg vom keynesianischen distributiven Wohlfahrtsstaat hin zu einer Kommunalpolitik, die vor allem einen Kontext bereitstellt und moderiert, in dem andere Träger innovative Praktiken zu verhandeln und (gemeinsam) zu erbringen haben. Diese Verschiebungen wären im Rahmen des Regulationsansatzes als potentielle Komponenten einer „post-fordistischen“ Regulationsweise zu analysieren. Da sich diese Trends vermittelt über national spezifische Staatsstrukturen und politische Kulturen durchsetzen, die jeweils die ökonomischen Umstrukturierungseffekte in neue Orientierungen und Innovationen staatlicher Maßnahmen übersetzen, dürfte gerade die Betonung von institutionellen Praktiken, die dem Regulationsansatz eigen ist, sich nützlich für die Erklärung nationaler und regionaler Variationen erweisen.

Im Gegensatz zu strukturalistischen Theorien unterstellt der Regulationsansatz, daß Geschichte offen und nicht vorherbestimmt ist und daß es keine notwendige Entsprechung zwischen sozioökonomischen Entwicklungsmustern und (funktionaler) staatlicher Anpassung gibt. Freilich ist Geschichte nicht *völlig* offen für sämtliche Entwicklungspfade, die technologische Entwicklungen und menschliche Phantasie in den Bereich des Vorstellbaren rücken. Wenn ein bestimmtes gesellschaftliches Entwicklungsmodell erschöpft ist (wie es seit den 80er Jahren vom fordistischen Regime behauptet wird), geschieht die Entwicklung neuer Produktions- und Arbeitsbeziehungen und die neuer institutioneller Arrangements im Verhältnis des Lokalstaats zu anderen staatlichen Ebenen und nicht-staatlichen Akteuren innerhalb gewisser Constraints, die die Regulationstheorie als Kompatibilitätserfordernisse innerhalb eines Akkumulationsregimes identifiziert. Das heißt, daß nur diejenigen neuen politischen Arrangements auf regionaler und lokaler Ebene durchsetzungsfähig sind, die mit den allgemein geltenden Zielen und Normen der jeweiligen Gesellschaft sowie der Makroökonomie und Sozialstruktur des jeweiligen Akkumulationsregimes kompatibel sind. Selbst wenn ein bestimmtes Modell in diesem Sinne durchsetzungsfähig ist, bleibt offen, ob es gelingt, in den jeweiligen Konflikt- und Verhandlungsprozessen tatsächlich solche konsistenten Strukturen zu produzieren. Deshalb betonen manche Verfechter des Regulationsansatzes Konflikt und Auseinandersetzung zwischen widerstreitenden gesellschaftlichen Interessen besonders, sowie Verhandlungsmuster und Kompromißstrukturen, die ihrerseits von den Traditionen der jeweiligen Gesellschaft beeinflusst werden¹⁹.

Zwei Hypothesen wären folglich genauer zu untersuchen:

1. Die neuen, auf Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren basierenden Politiksysteme auf lokaler Ebene sind *geeignet* für eine Stadt- und Regionalpolitik unter Bedingungen globaler Integration und lokaler Fragmentierung, weil sie unter diesen Bedingungen die höchst mögliche Mobilisierung lokal spezifischen Potentials ermöglichen.

2. Die neuen lokal/regionalen Politikformen sind nur innerhalb der Logik des neuen Regulationsmodus modifizierbar. Dies würde bedeuten, daß Versuche, die Durchsetzungschancen für soziale oder ökologische Forderungen zu erhöhen, sich weniger auf traditionelle universalistische (und zentralstaatlich organisierte) Formen egalitärer Redistribution beziehen sollten als vielmehr auf die Auslotung der für die neuen lokalen und regionalen Verhandlungssysteme charakteristischen strukturellen Offenheit für externe Gruppen: hier müßte angesetzt werden, um vorhandene Spielräume möglichst nicht-exklusiver Partizipation und möglichst breiter Repräsentation, auch von bislang marginalisierten Gruppen, auszuschöpfen und auszuweiten.

3.1 Zur Angemessenheit der neuen Politiksysteme

Fordistische Kommunalpolitik, die primär im Ausbau technischer und sozialer Infrastruktur bestand, sowie in Kahlschlag-Sanierung von Altbau-Wohngebieten zugunsten eines großflächigen standardisierten Wohnungsneubaus, war insofern dem fordistischen Gesellschaftsmodell „angemessen“ als sie die Zonierung des städtischen Raums vorantrieb, Konsumnormen an hob und homogenisierte, und Lebensweisen standardisierte. Verschiedene industriegeographische und regionalpolitische Studien haben aufgezeigt, daß diese städtischen Regulationsweisen für eine gewisse Periode trefflichst auf das fordistische Akkumulationsregime abgestimmt waren (vgl. Scott/Storper 1986; Albrechts u.a. 1989). Im Gegensatz zur fordistischen ist das momentan sich in europäischen Kommunen verbreitende Muster lokaler Politik von diversen Strategien charakterisiert, die auf lokaler und regionaler Ebene Investitionstätigkeit stimulieren und forcieren sollen. Anstatt lediglich zentralstaatlich gesetzte Politik zu verwalten und zu vollziehen, und ein scheinbar autonom stattfindendes Wachstum möglichst gleich- mäßig im Raum zu verteilen, mobilisieren die kommunalen Instanzen nun endogene Ressourcen, initiieren Entwicklungsprozesse und etablieren Kooperationsprozesse mit anderen relevanten Akteuren, um die jeweilige Konstellation von Bedingungen zu identifizieren und bereitzustellen, unter denen wirtschaftliches Wachstum in einer besonders plazierten Situation stattfinden kann. Dabei mögen die Streuung territorial bezogener Entscheidungs- und Politikfunktionen auf eine Reihe von privaten und quasi-öffentlichen Institutionen neben der Kommune, sowie die auf verschiedenen staatlichen Ebenen stattfindende Deregulierung sich als geeignet erweisen, zur Stabilität der gesellschaftlichen Reproduktion unter Bedingungen verschärfter interregionaler Konkurrenz und geopolitischer Spannungen beizutragen. Aber die Hypothesen, die die Regulationstheorie zur Kohärenz eines post-fordistischen Entwicklungsmodelte vorgeschlagen hatten, müßten noch weiter ausdifferenziert werden, um mögliche, mit jeweiligen nationalen und regionalen Bedingungen kompatible Entwicklungspfade konkret zu identifizieren. Vor allem müßten die (bislang unterentwickelten) politischen Dimensionen der Regulationstheorie weiter ausgearbeitet werden (wofür sich der local state-Ansatz als nützlich erweisen könnte), um die Effekte der Dezentralisierung einzelner Staatsfunktionen einschätzen zu können. Die Perspektive es local state-Ansatzes

(vgl. Mayer 1991b: 32), die auch den lokalen Staat als Verdichtung von Klassenbeziehungen begreift, macht darauf aufmerksam, daß solche Dezentralisierungsprozesse keineswegs automatisch Demokratisierungsprozesse implizieren. Die Herabzonierung bestimmter Entscheidungsfunktionen auf die lokale Ebene, die in der gegenwärtigen Restrukturierung des Staates als gemeinsamer Trend ausgemacht wurde, kann genauso gut auf eine Stärkung bzw. Entstehung von (neuen) lokalen Eliten herauslaufen.

Weitere Forschung hätte aufzuzeigen, wie die neuen proaktiven und koordinierenden Politikformen im einzelnen funktionieren und welche (gesellschaftlichen) Kosten sie verursachen. Wenn es tatsächlich zentrales Element post-fordistischer Stadtpolitik sein sollte, einen institutioneilen Rahmen bereitzustellen für die Kleinarbeitung vielfältiger neuer Widersprüche (die möglicherweise ökonomisches Wachstum behindern könnten) und für das Austarieren der tiefen Gesellschaftsspaltungen, die das neue Wachstumsmodell mit sich bringt, dann verdient die Frage der Kosten und der gesellschaftlichen Durchsetzbarkeit sicherlich besondere Aufmerksamkeit.

3.2 Zu den Handlungsspielräumen innerhalb der neuen Politiksysteme

Innerhalb der Regulationstheorie markiert eine gewisse Korrespondenz zwischen politischen Regulationsweisen, Formen der Produktions- und Reproduktionsorganisation, und spezifischen gesellschaftlichen und kulturellen Normen, die während einer bestimmten Ära hegemonisch sind, Perioden einer relativ stabilen Reproduktion eines Systems, das strukturell widersprüchlich und deshalb instabil ist. Um die spezifischen Bruchstellen, entlang derer diese strukturellen Widersprüche immer wieder neu aufbrechen, zu identifizieren, und um die Bedingungen auszumachen, unter denen Widerstand gegen historisch spezifische Herrschafts- und Diskriminierungsformen möglich wird, muß man das Terrain der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen genau kennen. Dies Terrain war bis vor kurzem durch die in Klassenauseinandersetzungen erkämpften Errungenschaften, die sich im fordistischen Klassenkompromiß, in Tarifverhandlungsstrukturen und im keynesianischen Wohlfahrtsstaat niedergeschlagen haben, strukturiert. Die Kosten dieser gesellschaftlichen Kompromißorganisation wurden spätestens durch die sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre artikuliert, die ihrerseits zur Krise des Fordismus beitrugen (vgl. Hirsch/Roth 1986: 193ff.).

Mit der Ausbildung höchst polarisierter Klassenverhältnisse und lokal partikularisierter Situationen entstehen neue Polarisierungen und Spaltungen, die sich in den existierenden politischen (Parteien-)Systemen und selbst in den vertrauten Mustern sozialer Bewegungen schwer Ausdruck verschaffen können. Folglich beobachten wir unkonventionelle Bündnisse und Bewegungen: in deindustrialisierenden Regionen verbünden sich Gewerkschaften mit Industrieverbänden, um protektionistische Forderungen durchzusetzen; in Regionen rapiden Wachstums koalieren Konservative mit Progressiven gegen Investoren und Planer, deren Wachstumsstrategien die Lebensqualität einer Stadt zu zerstören drohen; städtische soziale Bewegungen und ihre intermediären Institutionen erfahren Angriffe von neu-marginalisierten Gruppen, die

erstere (oder auch die Grüne Partei oder andere inzwischen institutionalisierte Relikte von Bewegungen aus den 60er und 70er Jahren) als „Gewinner“, sich selbst als „Verlierer“ jüngster Modernisierungsprozesse erfahren. Auch das Verschwinden des Ost/ West-Konflikts hat neue und andere Issues auf die politische Tagesordnung gesetzt: Migration, Rassismus und Asylpolitik bezeichnen neue Konfliktlinien, die zunehmend die vertrauten zwischen „linken“ und „rechten“ Bewegungen zu überschatten scheinen.

Die Karte des postfordistischen Terrains der polarisierten Stadt muß allerdings noch gezeichnet werden; sie wird vermutlich grellere Farben benutzen um die Tiefe der sozialen Spaltungen und die Intensität der Disparitäten zu vermitteln. Daß die Herstellung von Kohärenz und Stabilität bei solch ausgeprägten Heterogenisierungstendenzen ein Problem ist, ist deutlich: es soll von den Netzwerken zwischen Städten und Regionen und Gruppen innerhalb derselben, also durch Kooperation *und* Konkurrenz bearbeitet werden. Zu diesem Zweck hat das lokale politische System neue Öffnungen für „externe“ Gruppen - größere oder kleinere, je nach den lokalen Kräfteverhältnissen - geschaffen, womit allen lokalen Akteuren eine strukturelle Chance eingeräumt wird, die Richtung der lokalen Politik mit zu beeinflussen. Weil sich (lokal-)staatliche Souveränität zunehmend im aktiven Management von Konfigurationsprozessen und in der effektiven Koordinierung von Policy-Instrumenten mit jeweiligen privaten Akteuren artikuliert, spielen nicht-staatliche lokale Akteure tatsächlich eine entscheidende Rolle. Auch das besondere und lokal-spezifische Wissen von Bewegungs- und Stadtteilgruppen und ihre innovative Kreativität sind gefragt und werden als Teil der lokalen Wirtschaftsentwicklungsstrategien eingesetzt. Diese Angewiesenheit der „unternehmerischen Stadt“ (nicht nur auf private große Investoren sondern auch) auf lokale Netzwerke und Selbsthilfe-Mobilisierungspotentiale setzt zwar für die lokalen Bewegungen eine ambivalente Situation, eröffnet aber gleichzeitig Chancen, die ergriffen und genutzt werden müssen. Wenn Klarheit herrscht über das besondere Profil und die speziellen Vorzüge, die eine Stadt oder Region anzubieten hat, können lokale politische Akteure auch Zugeständnisse von supralokalen Akteuren verlangen und Einfluß über sie ausüben. Insofern hängt die konkrete Form eines postfordistischen Entwicklungspfad auch von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ab, die lokal ausgetragen werden.

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag profitierte von zwei Sitzungen des Arbeitskreises „Lokale Politikforschung“ zu Politik in europäischen Städten, die ich zusammen mit Hubert Heinelt für den Kongreß der DVPW 1991 in Hannover organisierte. Eine Reihe von Gedanken in diesem Text entstanden im Zusammenhang von Diskussionen mit Hubert Heinelt zur Vorbereitung und Auswertung dieser Sitzungen, dem an dieser Stelle gedankt sei.
- 2 Siehe z.B. die Studien in Stöhr 1990 und in Logan und Swanstrom 1990; Cooke 1986 und 1989; Harloe u.a. 1990; Heinz 1990; Parkinson 1991; vgl. auch Einzelfallstudien wie Cochrane 1991 oder Getimis 1991.
- 3 Vgl. ihre Verteilung von sechs Ländern in dreidimensionalem Raum auf Basis der Variablen

- zentrale Restrukturierungsmacht, zentrale Kontrolle über Policy und Finanzen, funktionale Zentralisierung; Pickvance/Preteceille 1991: 208.
- 4 Während diese Tendenzen in der Literatur einhellig wahrgenommen werden, finden sich höchst unterschiedliche Positionen dazu, wie sie zu werten seien (als Trends in Richtung Konvergenz auf ein gemeinsames Modell?) und wie die existierenden Unterschiede in den lokalen politischen Sphären zu werten seien.
 - 5 Vgl. ausführlicher hierzu Mayer 1990a: 192ff.; Krätke 1991: 72-76.
 - 6 Vgl. z.B. Bauer u.a. 1990: 72-86; Häußermann 1991: 78f.; Hesse 1988: 577ff.; Logan/Swanstrom 1990: 7ff.; Pickvance/Preteceille 1991: 214-217; Robert 1989: 170ff.
 - 7 Piattoni spricht von einem „mediterranean Modell“ (in Italien und Griechenland) gegenüber einem „kontinentalen“ Modell. Siehe Abschnitt 2.
 - 8 Dies galt insbesondere in Ländern, wo die Kommune relativ umfangreiche Funktionen erfüllt, wie beispielsweise in England.
 - 9 Vgl. Bolle/Grottian 1983; Maier/Wollmann 1986; Blanke/Heinelt/Macke 1987; Blanke/Evers/Wollmann 1986; dort insbesondere Evers 1986; von Hauff 1989.
 - 10 Während Beschäftigungspolitik darauf abzielt, allgemeine Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen bzw. zu verbessern, zielt Arbeitsmarktpolitik darauf ab, die Beschäftigungschancen bestimmter Personengruppen zu verbessern, was nur auf lokaler Ebene adäquat anzugehen ist (vgl. Hegner 1986: 120f. und Heinelt in diesem Band).
 - 11 Im Vergleich zu den hohen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sind die Ausgaben für Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in Athen sehr niedrig und obendrein stark durch den EG-Sozialfonds gefördert (vgl. Getimis 1991).
 - 12 Für die Argumente der Kritik von Seiten der Rechten und von Seiten der sozialistischen Linken vgl. Offe 1984: 147.
 - 13 Hesse behauptet für Krisenregionen, daß die hier eingesetzten Strategien und Maßnahmen sich kaum voneinander unterscheiden, daß sich so etwas wie ein „internationaler Stand der Technik“ herausgebildet habe (1988: 592). Ich würde dagegen argumentieren, daß nicht nur wegen unterschiedlicher institutionell-organisatorischen Bedingungen, sondern vor allem wegen sozial-räumlicher Spezifik und je besonderen endogenen Potentialen sich die Koordinations- und Steuerungsaufgaben für lokale und regionale Behörden höchst unterschiedlich darstellen und je adäquate Strategien und Maßnahmen erfordern. In der neuen Konkurrenz der Städte und Regionen sind sie eher gefordert, ein eigenes Profil zu entwickeln und Differenzen zu markieren (vgl. Mayer 1990b: 42f.)
 - 14 Jeder dieser Faktoren kann durch Fallstudien inhaltlich angereichert werden. So liefert die bereits zitierte Sheffield-Studie reichhaltiges Material über die Rolle sich wandelnder Klassenbeziehungen: Bereits in den 60er Jahren kamen die Aktivisten und Gemeinderatsmitglieder der Labour Partei immer weniger aus den Rängen der Arbeiterklasse, zunehmend mehr aus den Mittelklassen. Diese waren weniger geneigt, die traditionell strikte Parteidisziplin von oben hinzunehmen - und bereiteten so den Weg für den Führungswechsel 1980, als die Linke an die Führung kam.
 - 15 Z.B. derart, daß institutionell-organisatorische Bedingungen jene Regionen bevorzugen, „deren institutionelle Grundstruktur flexible Vorgehensweisen, eine Bündelung von Einzelinitiativen und schnelle Reaktionsweisen zuläßt“ (Hesse 1988: 594).
 - 16 Vergleichbar etwa mit den Entwicklungspfaden, die von Lipietz (1991: 85) und Dunford/Benko (1991: 303) für mögliche postfordistische Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen vorgestellt werden.
 - 17 Die Ansätze, die meist zur Evaluierung der Beteiligung von Stadtteilinitiativen und intermediären Organisationen benutzt werden, sind ungenügend, um dem widersprüchlichen Charakter dieser Einbindungsprozesse gerecht zu werden. Innerhalb des Korporatismus-Ansatzes, der die Initiativen primär unter der Perspektive ihrer Inkorporierung betrachtet, erscheinen sie als nichts weiter als nützliche Idioten bei der Durchsetzung einer Modernisierungspolitik. Innerhalb der populistischen Perspektive ihre offensichtlich gestiegene Akzeptanz und wachsende Legitimität zu allzu optimistischen Einschätzungen ihrer Stabilität und Ausbreitung, wobei neue Ambivalenzen und die Entstehung neuer Spaltungsprozesse innerhalb des Bewegungssektors unterschätzt werden.

- 18 Verschiedene Versionen eines Regulationsansatzes liegen vor, vgl. Boyer 1986; Lipietz 1987; Hirsch/Roth 1986. Für einen Überblick siehe Jessop 1989.
- 19 Diese Betonung wird nicht in allen Regulationsansätzen vorgenommen. Für die Zwecke der Analyse der Veränderungen im lokalpolitischen System ist es deshalb sinnvoll, den Regulationsansatz mit dem „Lokalen Staat“-Ansatz, wie er von Duncan, Goodwin und Haiford vorgelegt wurde, zu ergänzen (vgl. Duncan/Goodwin 1988; Duncan/Goodwin/Haiford 1987; für einen Versuch, die beiden Ansätze miteinander zu verbinden, siehe Mayer 1990b).

Literatur

- Albrechts, Louis/Moulaert, Frank/Roberts Peter/Swyngedouw, Eric (Hrsg.), 1989: Regional Policy at the Crossroads. European Perspectives, London: Jessica Kingsley Publ.
- Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G./Hombach, Bodo (Hrsg.), 1990: Die Kraft der Region: Nordrhein-Westfalen in Europa, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- Bauer, Helfried/Brandl, Tilman/Hutter, Matthias, 1990: Aufgaben und Organisation zeitgemäßer städtischer Wirtschaftsförderung, Linz: Institut für Kommunalwissenschaft und Umweltschutz.
- Benko, Georges/Dunford, Mick (Hrsg.), 1991: Industrial Change and Regional Development: The Transformation of New Industrial Spaces, London: Belhaven Press.
- Blanke, Bernhard/Evers, Adalbert/Wollmann, Helmut (Hrsg.), 1986: Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik, in: Leviathan Sonderheft 7, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Blanke, Bernhard/Heinelt, Hubert/Macke, Carl-Wilhelm, 1987: Großstadt und Arbeitslosigkeit: ein Problemsyndrom im Netz lokaler Sozialpolitik, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bolle, Michael/Grottian, Peter (Hrsg.), 1983: Arbeit schaffen - jetzt!, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Borst, Renate u.a. (Hrsg.), 1990: Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte, Basel: Birkhäuser.
- Boyer, Robert (Hrsg.), 1986: Capitalismes fin de siècle, Paris: PUR
- Breckner, Ingrid/Schmals, Klaus, 1990: München - Gestaltungsräume in einem polarisierten Lebensraum. Arbeitspapier Nr. 5, Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Dortmund.
- Breckner, Ingrid/Schmals, Klaus, 1991: Zwischen Isarbrücke und Luxuswohnung. Wohnungspolitik in der 2/3 Gesellschaft. Das Beispiel München, Vortrag, Tagung der DVPW, Hannover.
- Bullmann, Udo, 1991: Kommunale Strategien gegen Massenarbeitslosigkeit, Opladen: Leske & Budrich.
- Bullmann, Udo/Gitschmann, Peter (Hrsg.), 1985: Kommune als Gegenmacht: Alternative Politik in Städten und Gemeinden, Hamburg: VSA.
- Castells, Manuel, 1983: The City and the Grassroots, London: Basil Blackwell.
- Clavel, Pierre/Kleniewski, Nancy, 1990: Space for Progressive Local Policy: Examples from the United States and the United Kingdom, in: John Logan und Todd Swanstrom (Hrsg.), Beyond the City Limits. Urban Policy and Economic Restructuring in Comparative Perspective, Philadelphia, 199-234.
- Cochrane, Allan, 1991: The Changing Face of Urban Politics in Sheffield: Restructuring Municipal Labourism, Vortrag, Tagung der DVPW, Hannover.
- Cooke, Philip (Hrsg.), 1986: Global Restructuring, Local Response, London.
- Cooke, Philip/Imrie, Rob, 1989: Little Victories: Local Economic Development in European Regions, in: Entrepreneurship & Regional Development, 4/1 (Oct.-Dec. 1989), 313-327.
- DATAR, 1989: Les Villes Européennes, Paris: La Documentation Française.
- Duncan, Simon/Goodwin, Marc, 1988: The Local State and Uneven Development, Cambridge: Polity.
- Duncan, Simon/Goodwin, Marc/Halford, Susan, 1987: Politikmuster im lokalen Staat: Ungleiche Entwicklung und lokale soziale Verhältnisse, in: Prokla 68,17/3 (September 1987), 8-29.

- Dunford, Mick/Benko, Georges*, 1991: Neo-Fordism or Post-Fordism? Some Conclusions and Further Remarks, in: *Georges Benko und Mick Dunford* (Hrsg.), *Industrial Change and Regional Development*, 286-305.
- Evers, Adalbert*, 1986: Zwischen Arbeitsamt und Ehrenamt. Unkonventionelle Initiativen im Schnittpunkt von Arbeit und sozialen Diensten, in: *Bernhard Blanke, Adalbert Evers und Helmut Wollmann* (Hrsg.), *Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik*, 221-240.
- Evers, Adalbert*, 1991: Pluralismus, Fragmentierung und Vermittlungsfähigkeit. Zur Aktualität intermediärer Aufgaben und Instanzen im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik, in: *Hubert Heinelt und Helmut Wollmann* (Hrsg.), *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*, Basel, 221-240.
- Evers, Adalbert/Wintersberger, Helmut* (Hrsg.), 1988: *Shifts in the Welfare Mix. Their Impact on Work, Social Services and Welfare Policies*, Wien: Eurosocial.
- Getimis, Panos*, 1991: *Local State Politics and Urban Labor Market: the Case of Athens, Greece*, Vortrag, Jahrestagung der DVPW, Hannover.
- Häußermann, Hartmut*, 1991: Lokale Politik und Zentralstaat. Ist auf kommunaler Ebene eine „alternative“ Politik möglich?, in: *Hubert Heinelt und Helmut Wollmann* (Hrsg.), *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*, Basel, 52-91.
- Harloe, Michael/Pickvance, Chris/Urry, John* (Hrsg.) 1990: *Place, Policy and Politics. Do Localities Matter?*, London: Unwin Hyman.
- von Hauff Michael*, 1989: *Neue Selbsthilfebewegung und staatliche Sozialpolitik. Eine analytische Gegenüberstellung*, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Hegner, Friedhart*, 1986: Handlungsfelder und Instrumente kommunaler Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, in: *Bernhard Blanke, Adalbert Evers und Helmut Wollmann* (Hrsg.), *Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik*, 119-153.
- Heinelt, Hubert*, 1991: Die Beschäftigungskrise und arbeitsmarkt- und sozialpolitische Aktivitäten in den Städten, in: *Hubert Heinelt und Helmut Wollmann* (Hrsg.), *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*, Basel, 257-280.
- Heinelt, Hubert/Wollmann, Helmut* (Hrsg.), 1991: *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*, Basel: Birkhäuser Verlag.
- Heinz, Werner*, 1990: *Stadtentwicklung und Strukturwandel: Einschätzungen kommunaler und außerkommunaler Entscheidungsträger*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Held, Gerd*, 1991: 'Barcelona 2000' - Local Politics as International Strategie Action, Vortrag, Jahrestagung der DVPW, Hannover.
- Hesse, Joachim Jens*, 1983: Stadt und Staat: Veränderungen der Stellung und Funktion der Gemeinden im Bundesstaat?, in: *Joachim Jens Hesse u.a.* (Hrsg.), *Staat und Gemeinden zwischen Konflikt und Kooperation, Baden-Baden: Nomos, Ilff.*
- Hesse, Joachim Jens*, 1987: Aufgaben einer Staatslehre heute, in: *Thomas Ellwein u.a.* (Hrsg.), *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Bd. 1, Baden-Baden: Nomos, Ilff.*
- Hesse, Joachim Jens* (Hrsg.), 1988: *Die Erneuerung alter Industrieregionen. Ökonomischer Strukturwandel und Regionalpolitik im internationalen Vergleich*, Baden-Baden: Nomos.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland*, 1986: *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg: VSA.
- Jaedicke, Wolfgang/Ruhland, Kurt/Wachendorfer, Ute/Wollman, Hellmut/Wonneberg, Holger*, 1991: *Lokale Politik im Wohlfahrtsstaat. Zur Sozialpolitik der Gemeinden und ihrer Verbände in der Beschäftigungskrise*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jessop, Bob*, 1986: Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, in: *Prokla* 65 (Dez. 1986), 4-33.
- Jessop, Bob*, 1989: Regulation theories in retrospect and prospect, in: *Economies et Societes, Theorie de la regulation* 4, 7-62.
- Jürgens, Ulrich/Krumbein, Wolfgang* (Hrsg.), 1991: *Industriepolitische Strategien: Bundesländer im Vergleich*, Berlin: edition sigma.
- Kowalksi, Leo*, 1989: Major Current and Future Regional Issues in the Enlarged Community, in: *Louis Albrechts et al.* (Hrsg.), *Regional Policy at the Crossroads. European Perspectives*, Lonon, 90-106.

- Krätke, Stefan, 1991: Strukturwandel der Städte. Städtesystem und Grundstücksmarkt in der „post-fordistischen“ Ära, Frankfurt/M.: Campus.
- Lipietz, Alain, 1987: Mirages and Miracles: The crisis of global fordism, London: Verso.
- Lipietz, Alain, 1991: Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts, in: Leviathan 1, 79-101.
- Logan, John/Swanstrom, Todd (Hrsg.), 1990: Beyond the City Limits. Urban Policy and Economic Restructuring in Comparative Perspective, Philadelphia: Temple University Press.
- Maier, Hans/Wollmann, Helmut (Hrsg.), 1986: Lokale Beschäftigungspolitik, Basel: Birkhäuser.
- Mayer, Margit, 1990a: Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt, in: Renate Borst u.a. (Hrsg.), Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der inter-nationalen Debatte, Basel, 190-208.
- Mayer, Margit, 1990b: 'Postfordismus' und Tokaier Staat', in: Hubert Heinelt und Helmut Wollmann (Hrsg.), Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel, 31-52.
- Mühlfeld, Claus u.a. (Hrsg.), 1989: Neue Arbeit: Beschäftigungsinitiativen, Frankfurt/M.: Moritz Diesterweg.
- Offe, Claus, 1984: Contradictions of the Welfare State, Cambridge, Ma.: MIT Press.
- Parkinson, Michael, 1991: Strategic Responses to Economic Change in European Cities in the 80s, Annual Meeting of the American Political Science Association, Washington, D.C.
- Parkinson, Michael/Foley, Bernard/Judd, Dennis (Hrsg.), 1988: Regenerating the Cities. The UK Crisis and the US Experience, Manchester: Manchester University Press.
- Pickvance, Chris/Preteceille, Edmond (Hrsg.), 1991: State Restructuring and Local Power, London: Pinter.
- Reissert, Bernd/Schmid, G./Jahn, S., 1989: Mehr Arbeitsplätze durch Dienstleistungen? Ein Vergleich der Beschäftigungsentwicklung in den Ballungsregionen der Bundesrepublik Deutschland. Diskussionspapier FS I 89-14, Wissenschaftszentrum Berlin.
- Roberts, Peter, 1989: Local Economic Development: Alternative Forms of Local and Regional Policy for the 1990s, in: Louis Albrechts u.a. (Hrsg.), Regional Policy at the Crossroads. European Perspectives, London, 170-179.
- Roth, Roland, 1991: Städtische soziale Bewegungen und grün-alternative Kommunalpolitik, in: Hubert Heinelt und Helmut Wollmann (Hrsg.), Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel, 167-186.
- Roth, Roland/Wollmann, Helmut (Hrsg.), 1991: Grün-alternative Kommunalpolitik in der Bundesrepublik - eine Zwischenbilanz, Basel: Birkhäuser.
- Scharpf Fritz, 1987: Grenzen der institutioneilen Reform, in: Thomas Ellwein u.a., (Hrsg.), Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Bd. 1, Baden-Baden: Nomos, 111-151.
- Scott, Allen J./Storper, Michael (Hrsg.), 1986: Production, Work, Territory. The Geographical Anatomy of Industrial Capitalism, Boston: Allen & Unwin.
- Stöhr, Walter B. (Hrsg.), 1990: Global Challenge and Local Response: Initiatives for Economic Regeneration in Contemporary Europe, London: Mansell/The United Nations University.